Einleitung: Die Ringbahn als soziokultureller Seismograf

Guten Tag, meine Damen und Herren. Wer Berlin verstehen will, braucht keine politikwissenschaftlichen Lehrbücher, sondern ein Ticket für die Ringbahn und die Bereitschaft, das dortige Anschauungsmaterial im Minutentakt zu analysieren. Das Wahlergebnis vom 20. September 2026 hat dies unter Beweis gestellt. In dieser Stadt wird das allgegenwärtige Chaos traditionell nicht beseitigt, sondern lediglich im Rahmen einer überlasteten Bürokratie institutionell verwaltet. Dieses Mal hat die Wählerschaft jedoch das bisherige politische Koordinatensystem der Hauptstadt in Schutt und Asche gelegt.

Die folgende Analyse seziert das Wahlverhalten in acht Befunden. Die Bruchlinien verlaufen dabei nicht mehr nur entlang historischer Sektorengrenzen, sondern trennen Erwerbsbiografien, Alterskohorten und vor allem die nackte finanzielle Realität auf dem Wohnungsmarkt. Die Trümmerteile der alten politischen Landschaft fliegen derzeit unübersehbar durch die Gegend und warten auf Ihre Archivare.

I. Hier meine acht Kernthesen

1. Berlin wählt nach der Entfernung zur Innenstadt – und die immer unbezahlbarere Miete überlagerte den Wahlkampf

Die primäre Demarkationslinie verläuft heute endgültig entlang des S-Bahn-Rings, erzeugt jedoch ein komplexeres Bild als die bloße Binarität von Zentrum und Peripherie. Die Wahlkarte des Landeswahlleiters zeigt die Formierung einer Donut-Struktur: Die Innenstadt (Tarifzone A) bildet ein progressiv-linkes Zentrum, in dem Die Linke, Grüne und SPD eine strukturelle Hegemonie verteidigen. Dieser Befund gründet auf einer existenziellen Mietenkrise, die im Wahlkampf-Jahr 2026 alle anderen Themen überlagert hat. Die Explosion der Angebotsmieten und die nackte ökonomische Prekarität haben den Wohnungsmarkt im Zentrum kollabieren lassen. Wer hier lebt, wählt aus nackter materieller Notwehr, was der Linkspartei und den Grünen im Ring verlässliche Mehrheiten bzw. gute Ergebnisse sichert.

Der äußere Ring hingegen ist kein homogenes konservativ-rechtes Band, sondern ein fragmentierter Raum einer durch die Stadtsoziologie geprägten „Geografie der Verdrängung“. Die Vertriebenen des Mietpreis-Wahnsinns ziehen samt ihrer urbanen Wahlidentität im Umzugskarton nach Spandau, Marzahn oder ins Umland und politisieren die Ränder um. Im östlichen Außenring (Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg) zeigt sich eine scharfe Polarisierung: Die

AfD kanalisiert hier den systemischen Frust und erzielt hohe Erst- und Zweitstimmenanteile, trifft jedoch auf eine traditionelle Festung der Linkspartei, die über noch halbwegs bezahlbare Mieten als soziale Kiez-Schutzmacht verankert bleibt und Platz 2 belegt. Im westlichen Außenring (Spandau, Reinickendorf, Steglitz-Zehlendorf) dominiert zwar das bürgerlich-konservative Spektrum der CDU, während die Grünen im bürgerlichen Südwesten stabil zweistellig abschneiden. Die Linke schafft den Anschluss an SPD, Grüne und der erstarkenden AfD. Die SPD blickt derweil tief gekränkt auf die Plattenbauten und Einfamilienhaussiedlungen und beklagt einen kolossalen Verrat ihrer einstigen Arbeitnehmer-Herzkammer an die lauten, populistischen Parolen der Ränder. Berlin wählt nicht nach einer einfachen Schablone, sondern nach der lokalen Erschwinglichkeit des Wohnraums.

2. Junge Frauen und junge Männer leben in derselben Stadt, wählen aber völlig andere Welten

Direkt verknüpft mit diesem materiellen Verdrängungsdruck ist ein tiefer demografischer Bruch innerhalb der jungen Generation. Die amtlichen Daten der Nachwahlbefragungen von Infratest dimap dokumentieren eine scharfe Polarisierung entlang der Geschlechterlinie in den jüngsten Alterskohorten. Während bei den Unter-25-Jährigen Die Linke mit 43,0 % der Stimmen (25- bis 34-Jährige: 49,0 %) eine signifikante Dominanz verzeichnet, wird dieser Ausschlag im Kern durch das koordinierte

Stimmverhalten junger Frauen getragen: 51,0 % der Wählerinnen unter 25 Jahren gaben der Linkspartei ihre Stimme, was einer absoluten Mehrheit entspricht. Demgegenüber steht eine Rechtsdrift einer Teilgruppe junger Männer in derselben Alterskohorte, von denen sich laut Infratest dimap eine relative Mehrheit von 26,0 % für die AfD und 22,0 % für die CDU entschied.

Dieses Ergebnis resultiert aus der Organisation emanzipatorischer Kräfte. Angesichts eines gesellschaftlichen Rollbacks, der sich im verschärften „Law-and-Order“-Kurs und der verkehrspolitischen Fixierung der Berliner CDU artikulierte, konzentrierten sich die feministischen Bewegungen auf eine parlamentarische Plattform, um ihre historisch in Kämpfen errungenen Erfolge institutionell zu verteidigen. Diese Fokussierung dockt an die spezifische Prekarität junger Frauen an, die überproportional häufig im unterfinanzierten Care-Sektor, im Bildungs- und Gesundheitswesen tätig sind und aufgrund des strukturellen Gender-Pay-Gaps von durchschnittlich 12 % in Berlin akuter von verdrängungsbedingter Armut bedroht sind. Frauen wehren sich aber auch gegen erzkonservative Familien- und Rollenbilder, die von der konservativen und rechten Seite ins Spiel gebracht werden.

Auf der männlichen Seite der Kohorte diagnostiziert die soziologische Männlichkeitsforschung (u. a. des WZB) eine Identitätskrise. Der konservativ-rechte Teil der männlichen Jugend erlebt eine Welt aus Diversitätsquoten und der Dekonstruktion alter

Rollenmuster als Entwertung. Die AfD und der rechte CDU-Flügel transformieren die Angst vor dem Statusverlust gegenüber einer organisierten weiblichen und postmigrantischen Konkurrenz in ein politisches Programm der Restauration. Gleichzeitig verharren jedoch 35,0 % der jungen Männer im linken Spektrum. Dieser progressive Teil teilt die reaktive Trotzhaltung seiner Geschlechtsgenossen nicht, gerät jedoch mangels eigener kollektiver Schutzräume im Berliner Prekariat in eine Isolationsfalle(fehlende Solidarstrukturen, keine aktive Rolle in geschlechterübergreifenden Zusammenschlüssen, die ungeklärte Care-Arbeit).

3. Die Parteien tun nur so, als wären sie eins – in Wahrheit zerfallen sie vor Ort in unversöhnliche Lager

Die rote Festung im Zentrum zerfällt bei genauerer Betrachtung in zwei soziokulturell unversöhnliche Wählermilieus. Das Gesamtergebnis der Linkspartei beruht auf einer inneren Zerrissenheit zwischen der postmigrantischen Jugend und den Resten der ostdeutschen Traditions-Wählerschaft. In den innerstädtischen Hochburgen wie Neukölln (Wahlkreis 2: 53,2 % für Die Linke) wird die Partei von einer jungen, postmigrantischen Community getragen, für die das Angebot der Partei Antikapitalismus mit Antirassismus verknüpft. Demgegenüber stehen die Strukturen im östlichen Außenring: Hier sitzen die verbliebenen, gealterten Stammwähler der alten PDS-Tradition, die soziale Kiez-Gerechtigkeit und

bezahlbare Mieten fordern und mit den akademischen und postmigrantischen Diskursen der innerstädtischen Avantgarde wenig anfangen können.

Diese innere Bipolarität der Linken ist jedoch kein solitäres Phänomen, sondern das strukturelle Merkmal fast aller Berliner Parteien, die versuchen, plurale Lebenswelten auf einem einzigen Stimmzettel zu vereinen. Wir sehen die Grünen, die im Zentrum die autofreie Moderne predigen, während ihre Wähler im Zehlendorfer Villenviertel den Tesla vor dem Einfamilienhaus abstellen und Ökokonservatismus als Distinktionswerkzeug nutzen. Wir sehen eine SPD, die zwischen den akademisierten Salonsozialisten der Innenstadt-Bürokratie und der abgehängten, buspendelnden Arbeiterschaft in Spandau an Statik verliert. Und wir sehen eine CDU, die im bürgerlichen Westen als Schutzwall des Eigentums fungiert, während sie im Osten lediglich als temporäre, pragmatische Notbremse gegen das administrative Staatsversagen gewählt wird. Jede Kraft zerfällt entlang der lokalen soziokulturellen Echokammer des jeweiligen Kiezes. An die Stelle der Parteiprogramme treten deshalb mehr und mehr überzeugende Personen, die für Überbrückungen widersprüchlicher Lebensrealitäten stehen

4. Der Krieg im Nahen Osten hat die Berliner Wahl digital und auf der Straße massiv befeuert

Die Abgeordnetenhauswahl wurde im innerstädtischen Raum zu einer außenpolitischen

Referendums-Wahl umfunktioniert. Das Nahost-Thema wirkte insbesondere in den migrantisch geprägten Kiezen von Neukölln, Wedding und Kreuzberg asymmetrisch als Mobilisierungsbeschleuniger für Die Linke, die die emotionale Lücke besetzte, welche die etablierten Kräfte im Rahmen der offiziellen Staatsräson zu Israel hinterließen.

Dieser Erfolg brachte jedoch einen organisatorischen Preis mit sich und löste eine massive Eintrittswelle von ca. 11 000 Neumitgliedern aus, deren heterogene Struktur die innere Statik der Partei schwer belastet. Die Parteiführung um Elif Eralp zeigt sich der Dramatik und der Gefahr antisemitischer Tendenzen an der eigenen Basis bewusst und vereinbarte im Zuge der Koalitionssondierungen ein schärferes Interventions- und Kontrollregime. Über eine **„Berliner Vereinbarung“** wurde ein **dreiköpfiges Expertengremium** verankert, das antisemitische Vorfälle intern prüfen und die Fraktionen zu Konsequenzen bis hin zum **Fraktions- und Parteiausschluss** drängen kann – ein Schritt, der prompt zu einer offenen Revolte von über 120 linken Funktionsträgern gegen die eigene Spitze führte.

Dass diese versuchte Selbstreinigung, deren Erfolg noch in den Sternen steht, öffentlich kaum wahrgenommen wird, ist auch das Ergebnis einer beispiellosen kalkulierten Kampagne, an der auch Die Grünen an der Seite von CDU und Teilen der SPD als Teil der Abwehrfront mitwirken. Hinter der medialen Zuspitzung steht das machtpolitische Ziel, die

Wahlsiegerin moralisch zu delegitimieren, um eine progressive Dreier-Koalition zu verhindern und andere politische Ziele und Partikularinteressen zu organisieren. Ein Nebeneffekt dieser Strategie ist eine Verengung des Diskurses, die gerade auch Netanjahu-kritische Israelis und jüdische Stimmen in Berlin unsichtbar macht, indem sie unter den Generalverdacht des Antisemitismus gestellt werden, um Die Linke politisch zu isolieren.

5.Wer vom Staat bezahlt wird, wählt links – wer in der freien Wirtschaft überleben muss, wählt eher rechts ?

Der klassische Erklärungsansatz, die Berliner Wahl als simplen Klassenkampf zwischen Arm und Reich zu codieren, scheitert an der Realität. Die tatsächliche ökonomische Konfliktlinie verläuft zwischen der Einbindung in den staatlich alimentierten Apparat und der Erwerbsbiografie in der freien Wirtschaft.

Auf der einen Seite steht die Front des öffentlichen Dienstes, des Care-Sektors, der Schulen, Kliniken und der geförderten NGO-Landschaft. Die Angestellten dieses Sektors zeigten eine signifikant überproportionale Tendenz hin zu den progressiven Kräften und sicherten dem Block aus Linken und Grünen verlässliche Mehrheiten. Dieser Befund spiegelt sich auch auf dem Wohnungsmarkt wieder: Während Die Linke im Zentrum überproportional von jungen Menschen in prekären Untermietverhältnissen und Wohngemeinschaften gewählt wird, die unter

akuter Mietarmut leiden, sichert die SPD ihre verbliebenen Reste bei älteren Mietern mit jahrzehntealten Bestandsverträgen in den großen landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften.

Auf der anderen Seite steht die freie Wirtschaft: die gastronomischen Betriebe, der Dienstleistungssektor, das Handwerk und das Prekariats-Milieu der Start-up-Szene. Diese Gruppen erleben die Berliner Verwaltung im Alltag oft als dysfunktionale Schikane. Es ist aber keine überproportionale Abwanderung zur CDU oder zur AfD festzustellen. Ein Teil bleibt zwar stabil dem Mitte-Rechts Sektor treu, der andere Teil ist aber linkeren Wirtschaftsansätzen zunehmend aufgeschlossen. Die freie Wirtschaft schwankt zwischen einem notgedrungenen Gesinnungswandel nach Mitte Links und einer Art Bunkermentalität als Akt ökonomischer Notwehr gegen die Kosten eines expandierenden Staatsapparats.

6. Die alte Berliner Mauer steht noch immer fest in den Köpfen der Wähler

Die Annahme, die alte Sektorengrenze sei durch das neue Zentrum-Peripherie-Modell des S-Bahn-Rings gegenstandslos geworden, erweist sich als Fehlschluss. Die Ost-West-Dichotomie hat sich mit spätmodernen Konflikten aufgeladen, was sich in der Art und Weise zeigt, wie historische Pfadabhängigkeiten das Wahlverhalten steuern.

Im Westen neigt die Wählerschaft bei Krisenphänomenen in überproportionalem Maße zu

gelernt bürgerlichen Reflexen: Hier wird schwarz (CDU) und noch vereinzelt FDP gewählt, um Eigentum und die gesehene West-Berliner Normalität zu verteidigen. Im Osten hingegen bricht sich eine historisch gewachsene Skepsis gegenüber westdeutsch geprägten Institutionen Bahn. Der Frust über ungleiche Vermögensverteilungen führt hier zu einem überproportional starken Systemvotum, das sich spiegelbildlich aufteilt: Die gealterten Stammwähler verbleiben bei der Linken, während der ungebundene Frust im Außenring die AfD überproportional stärkt. Der Osten wählt in der Tendenz den Protest gegen das System, der Westen wählt das System zur Abwehr des Protests.

7. Die bürgerliche Öko-Mitte schrumpft zu einer elitären Wohlstandsblase zusammen

In der wahlanalytischen Nachbereitung wird das Ergebnis von Grünen (14,3 %) und SPD (12,1 %) gern als stabiles Fundament gefeiert, das zusammen über 26,4 % der Wählerschaft bindet. Diese Interpretation verschleiert jedoch das fortschreitende Siechtum der etablierten Moderne. Das grün-rote Votum ist die Einbunkerung eines schrumpfenden bürgerlichen Milieus der ökologisch sozialen Transformationserzählung.

Die Grünen sind zur Partei eines wachsenden Distinktions-Ökologismus geschrumpft. Ihr starkes Abschneiden konzentriert sich überproportional auf die sanierten Altbau-Inseln von Mitte oder Prenzlauer

Berg, was zeigt, dass grün zu wählen vor allem eine Frage des ökonomischen Privilegs ist. Zu diesem Milieu gesellt sich die europabegeisterte Bewegung Volt, die mit knapp über 2,0 % zwar punktuell wahrnehmbar war, aber im Vergleich zum strukturellen Gewicht des Bildungsbürgertums zunächst eine reine Lifestyle-Randnotiz bleibt. Das Desaster der SPD wiederum dokumentiert das Zusammenbrechen der Brücke zwischen den Welten, da sie sowohl die akademischen Salonsozialisten der Innenstadt an Die Linke als auch das gewerkschaftliche Milieu der Peripherie zunehmend an die CDU und AfD verloren hat.

8. Die Angst, als Soldat eingezogen zu werden, hat die Jugend politisch aktiviert

Die im Jahr 2026 geführte Debatte über die Reaktivierung der Wehrpflicht und einer allgemeinen Dienstpflicht entpuppte sich als massiver Mobilisierungshebel für jugendliche Wählerschichten. Diese drohende Militärmobilmachung wirkte insbesondere auf linke, progressive und prekär lebende Jugendliche wie ein politischer Schock. Insbesondere männliche Jugendliche erleben einen Paradigmenwechsel vom sorgenden zum wehrhaften Staat.

Anstatt einer vaterländischen Begeisterung löste die Debatte eine überproportional starke systemkritische Gegenreaktion aus. Junge Menschen, die den Staat primär als Verwalter von Mangel erleben,

verweigerten die Gefolgschaft. Die Perspektive, sich für ein System einziehen lassen zu müssen, das ihnen keine soziale Sicherheit garantiert, trieb Erstwähler scharenweise zur Linkspartei, die als einzige Kraft im progressiven Spektrum eine kompromisslose Anti-Militarisierungs-Rhetorik fuhr. Die Grünen, die den Diskurs der militärischen Wehrhaftigkeit im Rahmen der offiziellen Staatsräson stützten, verloren hier jene jugendlichen Milieus, für die Antimilitarismus eine existenzielle Schutzmauer darstellt.

II. Das Post-Wahl-Theater im Scherbenhaufen: Das kollektive „Weiter-so“ der Fraktionen

Nachdem das Votum der Wählerschaft das traditionelle Koordinatensystem in Schutt und Asche gelegt hat, flüchten die Akteure im Abgeordnetenhaus in eine von erstaunlicher Selbstanimation geprägten Rhetorik. Die Devise lautet: Schockstarre überwinden und das eigene Debakel als geheimes Mandat zum Weitermachen wie bisher interpretieren. Ein unbarmherziger Blick auf die offiziellen Sprachregelungen offenbart diese therapeutische Zweckrhetorik:

- **Die Linke (25,7 %):** An der Parteispitze inszeniert man das Ergebnis als Mandat zur Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Dass in aktuellen, repräsentativen Umfragen mittlerweile 51 % der Berliner Enteignungen ablehnen und die damals hohe Wahlbeteiligung des Entscheids im Alltag der Haushaltsnotlagen erodiert ist, wird

ausgeblendet. Man animiert sich selbst zum kompromisslosen mietenpolitischen Kurs, als stünde die Vergesellschaftung des Wohnungsmarktes unmittelbar bevor, während man das administrative Kompetenz-Vakuum an der eigenen Basis diskret verschweigt. Es bleibt offen, ob der Sondierungskompromiss das antikapitalistische Enteignungsbedürfnis überlebt.

- **Die CDU (18,8 %):** Nach dem Absturz flüchtet sich die Parteispitze in eine vielschichtige Schuldzuweisung. Intern macht man für das Desaster die Linksfront an den Universitäten und auf den Theaterbühnen verantwortlich, schiebt den Schwarzen Peter jedoch auch auf die Bundesebene zu Friedrich Merz, dessen Kurs im urbanen Berlin sichtlich als Bremsklotz wirkte. Man animiert sich zur unerschütterlichen Law-and-Order-Pose, um zu kaschieren, dass Interims-Spitzenkandidat Stefan Evers nur eine Verlegenheitslösung für den über die Schwindeleien gestürzten Kai Wegner war und das eigene Krisenmanagement beim großen Berliner Stromausfall die Glaubwürdigkeit der Christdemokraten beschädigt hat.
- **Die AfD (16,3 %):** Die Fraktion feiert ihren Triumph im Außenring und gefällt sich in der Rolle der einzig verbliebenen Stimme des Volkes. Das Thema von den maroden, schimmelnden Schulen wird dabei unverdrossen weiterbewirtschaftet – unbeeindruckt von der Tatsache, dass in den vergangenen Jahren im Zuge der Berliner Schulbauoffensive massiv saniert und modernisiert wurde. Gleichzeitig versucht man,

mit dem Konzept der „Remigration“ zu punkten, was in einer globalisierten Metropole der Netzwerke, der Start-ups und der transkulturellen Verflechtungen völlig an der Lebensrealität vorbeigeht. In einer Stadt, die ohne internationale Arbeitskräfte im Care-Sektor und in der Wirtschaft kollabieren würde, wirkt diese Forderung wie Realsatire. Auf absehbare Zeit muss die Berliner AfD vielmehr ihre eigene, absolute politische Remigration in die parlamentshistorische Bedeutungslosigkeit der reinen Zuschauerrolle fürchten.

- **Die Grünen (14,3 %):** Hier flüchtet man sich nach den Verlusten in das unerschütterliche Bewusstsein, insgeheim schlicht „die Guten“ zu sein. Das Desaster, die urbane Jugend an Die Linke verloren zu haben, wird mit moralischer Überlegenheit kompensiert. Man übersieht dabei, dass die Berlinerinnen und Berliner genau davor die größte Reizüberflutung verspüren: der permanenten Bedrohung, vom Roten Rathaus aus zu „guten“, lastenradfahrenden Mustermenschen erzogen zu werden. Man animiert sich zur Fortsetzung des moralischen Belehrungskurses, während die eigene Basis im Prekariats-Dschungel der Stadt ökonomisch längst den Halt verliert.
- **Die SPD (12,1 %):** Das Post-Wahl-Theater der Berliner Sozialdemokratie ist ein reines, tiefes Trauerspiel, geprägt von Phantomschmerzen über eine Epoche, die unwiderruflich vorbei ist. **Die einstige Berliner Traditions- und Regierungspartei existiert in ihrer historischen Form nicht mehr**; ihre verbliebenen Brücken zwischen der Innenstadt

und der Peripherie sind endgültig eingestürzt. Die schmerzhafteste Wunde ist der totale Verlust ihrer kommunalen Machtbasis: **Die SPD hat ihre jahrzehntealte Hausmacht in den Bezirksrathäusern komplett eingebüßt.** Der Verlust der 4 Prozentpunkte im Vergleich zur letzten Wahl dokumentiert eine tiefe, dauerhafte Enttäuschung der progressiven Basis. Diese WählerInnen haben der SPD nicht verziehen, dass nach der nachgeholten Wahl 2024 keine progressive Koalition, sondern das pragmatische Zweckbündnis von Schwarz-Rot exekutiert wurde. Diese enttäuschten 4 % sind dauerhaft zu Links-Grün abgewandert und kommen aller Voraussicht nach nie wieder zurück. Der verbliebene Apparat pfeift dennoch trotzig im Walde und animiert sich mit der Behauptung, man sei unverzichtbar im Maschinenraum der Bürokratie. Die Partei übersieht dabei die fundamentale Gefahr: Wenn sich dieser Trend fortsetzt, verliert die SPD ihre gesamte politische Relevanz und steht am Ende ohne Wählerbasis da, während sie sich einbildet, noch die Fäden in der Hand zu halten.

III. Das Berliner „Auszähl-Wunder“: Realsatire in Spandau

Keine Berlin-Wahl ohne organisatorische Pointe. Während Die Linke in Neukölln zur politischen Ersatzkirche mutierte, spielte sich die wahre Posse im Wahlkreis Spandau 1 ab. Eine dramatische Nachzählung korrigierte das Ergebnis im Nachhinein fundamental: Tommy Tabor (AfD) siegte hauchdünn

mit nur 34 Erststimmen Vorsprung vor Bettina Meißner (CDU). Weil dadurch nach den Berechnungen der Landeswahlordnung wichtige Ausgleichsmandate wegfielen, schrumpfte das gesamte Abgeordnetenhaus nachträglich von 158 auf **153 Sitze**. Berlin schafft es zwar nicht, dass die S-Bahn pünktlich kommt, aber durch bloßes Nachzählen fünf Abgeordnete nachträglich arbeitslos zu machen – das ist gelebte Berliner Verwaltungseffizienz.

IV. Regierungsbildung auf dem Vulkan: Das Erbe der Zerstörung

Wer angesichts dieses Scherbenhaufens glaubt, das Rote Rathaus ließe sich mit klassischer Berliner Gemütlichkeit beziehen, irrt. Die Parteien stehen vor der Aufgabe, **aus dem in Schutt und Asche gelegten Koordinatensystem** eine stabile Regierung zu zimmern – und das auf einem haushaltspolitischen Pulverfass. Der Koalitionsrechner wirft derzeit zwei Optionen aus, die beide einem Himmelfahrtskommando gleichen:

1. **Das Links-Bündnis (Linke, Grüne, SPD – 91 von 153 Sitzen):** Rechnerisch eine komfortable Mehrheit, politisch ein hochexplosiver Sprengsatz. Wie soll eine stabile Regierung funktionieren, wenn die SPD unter Steffen Krach Enteignungen im Wahlkampf rigoros abgelehnt hat? Ob die Grenze von 10 000 Wohnungen als antikapitalistischer Kompromiss an der Parteibasis und den Wählern durchgeht, muss bis zum Beweis des Gegenteils offen bleiben. Zudem belasten die Vorwürfe mangelnder

Abgrenzung zu Clanstrukturen bei Teilen von SPD und Grünen sowie die unberechenbaren Antisemitismus-Debatten an der Linken-Basis das Klima massiv. Wenn diese drei sich zusammenraufen, wird es keine Koalition der Gestaltung. Es wird eine Koalition der sozialen Notgemeinschaft, getrieben von zwei Polen: **Der pragmatischen Verhinderung der CDU auf der einen Seite – und der permanenten, toxischen Zerreißprobe über das Gaza-Thema auf der anderen Seite**. Man klammert sich aneinander, um die Macht zu sichern, während der Streit über Antisemitismus und Geopolitik das Bündnis schon am ersten Tag von innen heraus lähmt.

2. **Die Kenia-Koalition (CDU, Grüne, SPD – 78 Sitze):** Eine mathematisch hauchdünne, extrem wackelige Mehrheit. Inhaltlich bedeutete dieses Bündnis die totale Lähmung für die Stadt. CDU und Grüne trennen in der Verkehrs-, Bau- und Stadtentwicklungspolitik Welten. Das wäre kein Regierungsbündnis, sondern ein institutionalisierter, jahrelanger Dauerkonflikt auf offener Bühne.

Zwar wurden unter der letzten schwarz-roten Regierung mit dem Inkrafttreten des Landesorganisationsgesetzes (LOG BE) und der Verfassungsreform zum 1. Januar 2026 wichtige juristische Weichen gestellt, um das behördliche Zuständigkeitschaos zu beenden. Doch diese ersten Anfänge einer echten Verwaltungsreform müssen nun auch im operativen Alltag der Kieze ankommen. Es nützt der schönste Mietendeckel nichts, wenn die Bürgerämter keine Termine vergeben und viele

Schulen weiterschimmeln. Pragmatismus muss Ideologie ersetzen.

V. Der internationale Vergleich: Berlin im globalen Trend

Ist Berlin also komplett irre? Nur bedingt.Ein Blick auf den internationalen Vergleich zeigt, dass unsere Hauptstadt lediglich die tiefen Bruchlinien globaler Metropolen kopiert:

- **Paris:** Erlebt unter Anne Hidalgo exakt dieselbe Spaltung: ein links-grünes, autofreies Zentrum gegen einen tief frustrierten, konservativ bis rechten Außenring.
- **London:** Sadiq Khan siegt dort regelmäßig, weil ihn die junge, ethnisch diverse Mieterklasse trägt – genau das Milieu, das in Berlin Elif Eralp nach oben gespült hat.
- **New York:** In Stadtteilen wie Queens oder der Bronx dominieren progressive Demokraten mit ihrem Popstar Mamdani das Geschehen mit über 50 % und spiegeln damit exakt die rote Festung Neukölln wider.
- **München:** Der entscheidende Unterschied zu Bayern: In München wählt man links-grün, weil man es sich leisten kann; in Berlin wählt man links, weil man keine andere Wahl mehr hat, um die Miete zu zahlen.
- **Graz:** Als internationales Paradebeispiel für diese kieznahe Mobilisierung gilt zudem die KPÖ in Graz, die durch jahrzehntelange, pragmatische Basisarbeit und konkrete Mieterhilfe zur stärksten politischen Kraft

aufstieg und damit das direkte Vorbild für die Strategie der Berliner Linken lieferte.
Fazit: Berlin ist im 21. Jahrhundert angekommen. Die Wahl 2026 hat die alten Koordinaten pulverisiert. Die alles entscheidende soziale Frage lautet nicht mehr „Ost oder West“, sondern: Wer kann es sich überhaupt noch leisten, in dieser Stadt zu leben? Schnallen Sie sich an – die Berliner Politik wird in den nächsten Jahren alles sein, nur nicht langweilig.
Vielen Dank.